

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 50 Pf. Einmalige Abnahme 10 Mk. 50 Pf. Die Postanweisung ist zu machen an den Verleger. Die Geschäftsstellen sind in der Liste der Anzeigen zu finden. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Abhängigkeit einzelner Geschäftsbereiche erfolgt nur, wenn Posten belegen.

Angelagerter: Die Spaltenpreise betragen 20 Goldpfennig, die Zeilenspreise 10 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Verlags- und Druckereigebühren sind zu zahlen. Anzeigen für die Nachtzeit sind zu besonderen Bedingungen zu begeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Nr. 22. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff = Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag den 27. Januar 1925

Der Kampf in Preußen.

Zu der in Preußen durch den Rücktritt des Kabinetts Braun alsbald nach der Abstimmung im Landtag entstandenen Regierungskrise wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben:

Nun ist auch in Preußen die Regierungskrise eingetreten, die im Reich erst vor einigen Tagen überwunden wurde und dort Monate gedauert hat. Es kann sein, daß die preussische Regierungskrise noch schwerer zu lösen ist als die im Reich. Der Angelpunkt, um den herum sich die Krise dreht, ist im Reich das Zentrum gewesen, ohne dessen Unterstützung eine parlamentarische Mehrheit für das Kabinett Luther nicht herzustellen war. Genau so liegt es in Preußen. Das bewies die Abstimmung im Landtag; denn mit einer Mehrheit von ein oder zwei Stimmen läßt sich nicht regieren. Zum andern bewies diese Abstimmung aber auch, daß die Weimarer Koalition auch tatsächlich nicht mehr die Mehrheit hat; denn bei fast allen Anträgen blieben Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten in der Minderheit. Es nützt ja nichts, wenn schließlich auch bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten sich eine Mehrheit von diesen drei Parteien für die Wiederwahl Brauns, des bisherigen Ministerpräsidenten, ergeben würde, weil die Kommunisten wohl kaum einen Kandidaten der Rechten unterstützen würden — aber der neue Ministerpräsident müßte regieren. Und das kann er nur mit einer parlamentarischen Mehrheit, die ihm aber, wie gesagt, von diesen drei Parteien nicht gestellt werden kann, so daß er jeden Augenblick durch eine Mehrheitsbildung im Parlament gestürzt werden kann.

Also bleibt beim Zentrum die Entscheidung, ob die Ministerkrise in Preußen überhaupt lösbar erscheint. Ob es sich ebenso entschließen kann, etwa einem vollparteilichen Ministerpräsidenten seine Unterstützung zu geben, wie es das im Reich tut. Ein solches Kabinett hätte die Mehrheit, weil auch die Wirtschaftspartei damit einverstanden wäre. Freilich könnte man einem solchen Kabinett keinesfalls den Namen eines überparteilichen Kabinetts geben, weil schließlich Kardorff, den man nennt, zwar nicht Mitglied des Landtages, wohl aber des Reichstages, jedoch „Aur-Parlamentarier“ ist.

Aber man kann vielleicht an einen anderen Mann denken, dessen Name ein überparteiliches Programm bedeutet. Das ist Adam Siegelwald, der erste Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaften. Schon einmal war er preussischer Ministerpräsident, als 1921 Neuwahlen zum Landtag die Verhältnisse änderten. Damals bildete er ein Kabinett von der Volkspartei bis zu den Demokraten, das die wohlwollende Unterstützung der Deutschnationalen hatte. Damals erholte sein Wort, das wie eine helle Fanfare durch den Arm des Parteigewalts hindurchschallte: „Ich bin erst Deutscher und dann Parteimann; ich bin erst Deutscher und dann Arbeiter.“ Das war damals wie ein frischer Lufthauch in der stickigen Atmosphäre des gegenseitigen Hasses. Seit seiner Novemberebbe in Essen 1920 hat er an seinem Gedanken der christlich-sozialen und nationalen Staats- der deutschen Volksgemeinschaft festgehalten und immer wieder dafür zu wirken gesucht.

Freilich bedeutet sein Name ein Kampfsprogramm auch gegen die Sozialdemokratie und man muß sich ohne weiteres darüber klar sein, daß die Aufgabe des Bündnisses dieser Partei für das Zentrum, das mit ihr über drei Jahre gearbeitet hat, doch wohl nicht ganz leicht sein wird. Aber was bleibt schließlich übrig? Will man nicht zu irgendwelchen außerparlamentarischen Mitteln greifen — so ist, wie die Mehrheitsverhältnisse im Landtag nun einmal liegen, dort nur eine gleiche Entscheidung möglich wie im Reich.

Das schlimmste wäre ein Gegeneinander. Selbst wenn in irgendeiner Form in Preußen ein Kabinett der Weimarer Koalition, also ein ausgeglichenes Linkskabinett zu regieren versuchte, so stände es damit im stärksten Gegensatz zum Reichskabinett. In einem noch viel härteren, als beispielsweise das Kabinett Cuno damals im Jahre 1923 zur preussischen Regierung gekannt hat, die sich doch damals auch noch auf die Deutsche Volkspartei stützte.

Zweifellos wird der Kampf um Preußen noch viel erbitterter werden wie der um das Reich. Mit Ausnahme einiger Monate hat seit dem November 1918 dort die Sozialdemokratie die maßgebenden Ministerien besetzt; dadurch sind Gegensätze entstanden, die viel tiefer und schwerer sind als im Reich. Darum wird man wohl auch mit einer längeren Ministerkrise in Preußen rechnen.

Zur preussischen Regierungskrise.

Berlin, 25. Januar. Die Fraktionen des Preussischen Landtages werden erst am Donnerstag im Landtag zu Beratungen über die Ministerpräsidentenwahl zusammengetreten. Bisher sind Sitzungen von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten, dem Zentrum und der Wirtschaftspartei für diesen Tag angesetzt worden. Die Sozialdemokraten haben erst zum Freitag eine Fraktionssitzung anberaumt.

Geheim-Mobilisierung in Polen?

Alarmbereitschaft in Polen und Thorn.

Polen, 25. Januar. In der Bevölkerung von Pommern ist Beunruhigung entstanden, da begründete Gerüchte verbreitet worden sind, daß die dort stehenden Teile der Posen- und Thorer Armeekorps (das 7. und 8.) in Alarmbereitschaft versetzt worden sind. Es wird angenommen, daß sich diese Maßnahme gegen Danzig richtet.

Berlin, 25. Januar. In Berliner unterrichteten Kreisen ist man der Auffassung, daß die aus Polen und den deutsch-polnischen Grenzgebieten kommenden Meldungen über polnische Mobilisierungsvorbereitungen nicht unbegründet sind. Eine Befestigung an Berliner amtlichen Stellen konnte bis jetzt darüber nicht erlangt werden, jedoch die deutsche Regierung verfolgt diese Vorgänge selbstverständlich mit größter Aufmerksamkeit. Schon seit einigen Tagen lagen in Berlin Nachrichten vor, die über ähnliche Erscheinungen in Polen berichteten. Es ist anzunehmen, daß von deutscher Seite in den nächsten Tagen bei der Warschauer Regierung auf dem amtlichen Wege Nachfragen angestellt werden, um festzustellen, was an diesen Gerüchten über angebliche Anmarschabsichten nicht nur gegen Danzig, sondern auch gegen deutsche Grenzgebiete richtig ist.

Deutschlands Antwort an Frankreich.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Über den Inhalt der am 23. Januar überreichten deutschen Antwort auf die französischen Vorschläge in der Frage der Wirtschaftsverhandlungen verlautet folgendes: Die französischen Vorschläge sehen ein Übergangsregime bis zum 1. Dezember 1925 und von da ab die Unterzeichnung eines Handelsvertrages vor. Die deutsche Delegation hat nun um genaue Mitteilung der Tariffälle für das endgültige Wirtschaftsregime ersucht, wobei sie betont, daß die während der Übergangsperiode geplanten Zölle sie nur soweit interessieren, als völlige Klarheit über die Bestimmungen des endgültigen Handelsabkommens geschaffen werde.

Um den Nachfolger Brauns.

Wahl des preussischen Ministerpräsidenten 30. Januar.

n. Berlin, 24. Januar.

Der Ältestenausschuß des Preussischen Landtages beschloß, die nächste Plenarsitzung des Landtags auf Freitag, den 30. Januar nachmittags 2 Uhr einzuberufen. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Wahl des Ministerpräsidenten.

Damit wird die Lösung der in Preußen ausgebrochenen Regierungskrise in verhältnismäßig kurzer Zeit in Aussicht gestellt. Ob sie gleich an dem genannten Tage allerdings gelingen wird, ist eine schwer zu beantwortende Frage. Der Rücktritt des Kabinetts Braun erfolgte alsbald nach dem Freitag im Landtage stattgefundenen Abstimmungen durch ein Schreiben Brauns an den Landtagspräsidenten Barthelemy, in dem es hieß, wenn auch das Ergebnis der Abstimmungen das Kabinett verfassungsmäßig nicht zwang, zurückzutreten, habe es gleichwohl den Rücktritt beschloßen, da die Haltung der Parteien ein ersprießliches Arbeiten für das Wohl des Landes nicht mehr gewährleisten hätte. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten führt das Kabinett die Geschäfte weiter.

Abstimmungs Zweifel.

Die im Preussischen Landtag entstandenen geschäftigungsunfähigen Zweifel über die Auslegung der Stimmenergebnisse in der Abstimmungsfrage sollen vom Geschäftsausschuß nachgeprüft werden. Die acht Abgeordneten, die im Landtag bei der Abstimmung fehlten, waren folgende: vom Zentrum Dr. Eismann, Köhnen, Krug, von den Kommunisten Wenzel, Eppstein, Glabing, von der Deutschen Volkspartei Böns und von den Deutschnationalen Dr. Regenborn. Bei der Abstimmung über den deutschnationalen Nichtantragsantrag enthielten sich die Zentrumsabgeordneten v. Pape, v. Roepig und Loenarth der Stimme.

Zentrumsbesprechungen.

Im Reichstage trat der Reichsparteivorstand des Zentrums mit den Vorsitzenden der Landes- und Provinz-

Der Reichskanzler Dr. Luther an die Presse.

Eigener Fernsprecheinstell des „Wilsdruffer Tageblattes“

Berlin, 25. Januar.

Die Vertreter der Presse waren gestern abend zu einem Bierabend in die Reichskanzlei eingeladen worden. An der Spitze der neuen Reichsregierung erschien dazu Reichskanzler Dr. Luther. Er hielt eine bemerkenswerte Rede über das Verhältnis der Presse zur Regierung.

Im großen politischen Körper der Demokratie, sagte der Kanzler, bestehe die Tatsache, daß die Beziehungen des einzelnen zu den großen Dingen des Staates indirekt seien. Wir müßten, um in unseren Verhältnissen zu leben, dahin kommen, das Verhältnis des einzelnen zum Staatswesen so direkt zu gestalten wie nur irgend möglich, und diese Aufgabe könne überhaupt nur die Presse lösen. Die Presse sei in der Lage, den großen Massen der Menschen die großen Dinge des öffentlichen Lebens wirklich nahe zu bringen und deshalb trage die Presse auch die schwere Verantwortung dafür, in welcher Weise diese Akte der Dinge des öffentlichen Lebens erfolgt. Die Presse müsse ihre Leser immer wieder vor die Tatsachen stellen, wie sie sind. Dann werde erreicht, daß jeder ungeachtet seines Standpunktes auch in der Lage sei, dem Standpunkt des andern gerecht zu werden und sich nicht zu lassen; dann werde erreicht, daß man im politischen Gegner nicht den Feind, sondern den Volksgenossen sehe, der von einem anderen Gesichtspunkt aus an dieselben Dinge herangehe. Wenn man z. B. von Wirtschaft und Sozialpolitik sprechen höre, so erscheine es manchmal so, als wäre die Wirtschaft der Standpunkt der Arbeitgeber und die Sozialpolitik der der Arbeitnehmer. Das sei aber ein Unding; Wirtschaft sei nicht möglich ohne die lebendigen Kräfte der Arbeiter, die man nicht auspumpen dürfe bis zum letzten. Der Kanzler hoffte, daß er in immer steigendem Maße die Möglichkeit haben werde, mit der Presse zusammen an dem Ziele zu arbeiten, das Trennende zu überwinden und das Einigende, ungeachtet der selbstverständlichen politischen Verschiedenheiten, zu betonen. Dr. Luther endete unter lebhaftem Beifall mit einem Hoch auf die Presse.

ganisationen des Zentrums zu einer Beratung zusammen, in der es sich um eine Besprechung der gegenwärtigen Lage im Reich und in Preußen und n. a. auch um die Besprechung der verschiedenen persönlichen Angelegenheiten handelte, die im Zusammenhang mit einigen Mitgliedern des Zentrums in letzter Zeit in der Öffentlichkeit viel erörtert wurden. Die Sitzung war vertraulich.

Das jetzt zurückgetretene Ministerium Braun besetzt in Preußen seit dem 5. November 1921. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten erhielt damals der Sozialdemokrat Braun 197 Stimmen. Ein Teil der Volkspartei hatte weisse Stimmzettel abgegeben. Dem Ministerium Braun war in dem im Februar 1921 gewählten Preussischen Landtag das Ministerium Siegelwald vorangegangen. Braun war bereits seit dem 30. März 1920 nach dem Kapp-Putsch preussischer Ministerpräsident. Nach dem Ergebnis der Landtagswahlen vom Februar 1921, die den Parteien der Weimarer Koalition nur noch eine knappe Mehrheit gaben, erklärten Demokraten und Zentrum, eine neue Regierung nur mit Einschluß der Volkspartei bilden zu können. Infolgedessen wurde der Zentrumsgewählte Siegelwald am 9. April mit 352 gegen 56 Stimmen gewählt. Siegelwald trat zurück, als es ihm nicht gelang, eine nach seiner Ansicht genügende Mehrheit für sich zu bilden, wurde aber am 21. April wiedergewählt. Doch trat sein Kabinett am 1. November 1921 zurück und ihm folgte dann das Ministerium Braun als Kabinett der Großen Koalition. In dieser Zusammenfassung mit den Ministern Sebering (Inneres), Stiering (Handel), Dr. Wendorf (Landwirtschaft), Am Behnhoff (Justiz), Hiertjes (Landwirtschaft), v. Richter (Finanzen) und Voelck (Unterricht) blieb es bis zu den Wahlen am 7. Dezember zusammen. Kurz vor dem Zusammenritt des neugewählten Landtags legten die beiden volksparteilichen Minister Richter und Voelck ihre Ämter nieder und der Ministerpräsident Braun übernahm provisorisch die freigewordenen Ministerien für Finanzen und Unterricht. Das Land Preußen hat verhältnismäßig nur selten einen Ministerwechsel gehabt, im ganzen vier Ministerien nach der Revolution: Ministerium Siegelwald vom November 1918 bis Ende 1920, Braun März 1920 bis April 1921, Siegelwald April 1921 bis November 1921 und wieder Braun November 1921 bis 23. Januar 1925.